

(Theodor Kruse [CDU])

- (A) Wir werden nicht locker lassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Grünen, dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen, und zwar so lange, bis Sie endlich einsichtig geworden sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich teile Ihre Einschätzung, wenn Sie sagen, man solle den Versuch in Bielefeld auswerten und das gesamte Projekt unter dem Strich bewerten.

(Beifall von Hans-Peter Meinecke und Frank Sichau [SPD])

- Herr Kollege Meinecke, warum hat das denn in Bielefeld dazu geführt, dass die Videoüberwachung inzwischen abgeschaltet worden ist? Übertragen Sie einmal die Entwicklung in Bielefeld auf die Situation der Feuerwehr und die Situation der Polizei. Im Klartext würde Ihre Praxis bzw. Ihre Denkweise bedeuten: Wenn über Jahre hinweg kein Brand oder keine Katastrophe in einer Stadt passiert, kann man die Feuerwehr abschaffen. Wenn - rein theoretisch - in einer Stadt keine Kriminalität passiert,

(Frank Baranowski [SPD]: Das ist aber sehr theoretisch!)

- (B) kann man die gesamte Polizei abschaffen. So diskutieren Sie das Projekt Videoüberwachung in Bielefeld. Das aber ist nicht unsere Denkweise.

(Frank Baranowski [SPD]: Eben!)

Von daher bitte ich Sie, endlich einsichtig zu werden.

Herr Kollege Brendel, ich habe es Ihnen am 25. Januar des vergangenen Jahres gesagt: Die komplette FDP-Fraktion in Baden-Württemberg ist einsichtiger als Sie hier. Die FDP-Fraktion in Baden-Württemberg wirft nämlich die von Ihnen geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken, die aus meiner Sicht nicht existieren, vollkommen über Bord und ist mit Thomas Schäuble dafür, das entsprechend auf den Weg zu bringen. Inzwischen ist es sogar auf den Weg gebracht worden.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Kruse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meinecke?

Theodor Kruse (CDU): Meine Redezeit ist komplett abgelaufen. (C)

(Frank Baranowski [SPD]: So ein Pech aber auch!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie zum Schluss kämen.

Theodor Kruse (CDU): Ich komme zum Schluss, freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. - Meine sehr verehrten Damen und Herrn, wir sind damit am Schluss der Beratung.

Ich lasse abstimmen über die Empfehlung des Ältestenrates, der die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/2280 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an den Rechtsausschuss empfiehlt. Wer ist für die Überweisungsempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen worden. (D)

Wir kommen zu:

11 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2201

Der Gesetzentwurf wird in erster Lesung eingebracht durch Herrn Innenminister Dr. Behrens. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Innenminister.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben diesen Ge-

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) setzentwurf schon alle auswendig gelernt. Deshalb kann ich es auch hier wieder kurz machen.

Vielleicht doch noch zum verehrten Kollege Kruse eine Bemerkung. In der Debatte zum vorherigen Tagesordnungspunkt habe ich mich ganz bewusst um Sachlichkeit bemüht. Ihm ist jetzt wieder der Adrenalinpiegel durchgegangen oder durch die Decke geschossen.

(Frank Baranowski [SPD]: Das macht der immer so!)

Natürlich können wir jetzt noch eine Debatte über die allgemeine Kriminalitätsentwicklung führen und die Urteile und Vorurteile, die jeder mit sich herumträgt. Nach wie vor bleibt aber richtig - das muss ich feststellen -, dass die sichersten Großstädte in Nordrhein-Westfalen liegen. Das gilt auch für vieles andere, was ich bei solchen Gelegenheiten immer schon ausgeführt habe. Das bleibt richtig.

Wenn Sie genau hinschauen, Herr Kruse, meine Damen und Herren, werden Sie feststellen können, dass die Entwicklungen in anderen Bundesländern durchaus ähnlich verlaufen. Man wird sich sicherlich genauer anschauen müssen, warum das so ist. Mit parteipolitischer Zugehörigkeit von Regierungen hat das relativ wenig zu tun. Dass ich die Ergebnisse im Rahmen einer Pressemitteilung vorgestellt habe, hat schlichtweg etwas mit der Tatsache zu tun, dass es eine Indiskretion gegeben hat. Der Kollege Engel hat sich einer Kritik, die ich ansonsten ihm gegenüber geäußert hätte, durch Urlaub entzogen. Er war es nämlich, der diese Zahlen vorab der Presse gegeben hat. Auf welchen Wegen er sie bekommen hat, weiß ich nicht.

(B) Es gab dann keine andere Chance mehr als die, die Zahlen vorab richtig zu stellen und zu veröffentlichen. Deshalb die Pressemitteilung statt einer Pressekonferenz!

Das ändert aber nichts daran, dass man darüber diskutieren kann. Das werden wir in der nächsten Innenausschusssitzung auch tun.

Nun zu dem Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt: Meine Damen und Herren, es geht um das Polizeiorganisationsgesetz und andere Vorschriften. Das alles ist zwar nicht sensationell, weshalb ich es auch nicht im Einzelnen erkläre, weil wir das im Ausschuss machen können. Aber es ist schlicht-

weg notwendig, vor allem das Polizeiorganisationsgesetz anzupassen an Entwicklungen, die zwischenzeitlich in anderen Rechtsbereichen eingetreten sind. Wir haben das POG zuletzt 1994 geändert. Wir haben nun einmal keine Oberkreisdirektoren mehr. Deshalb bedarf es dort einiger Änderungen.

Es geht im Übrigen auch um die Tatsache, dass wir es doch zunehmend in den letzten Jahren und sicherlich auch in den vor uns liegenden Jahren verstärkt mit Auslandseinsätzen unserer Polizei zu tun hatten und haben werden.

An der Stelle sage ich: Ich bin mit Herrn Feller stolz darauf, dass er nun von Herrn Kofi Annan zum Chef der UN-Polizei im Kosovo gemacht wird.

(Allgemeiner Beifall)

Das ist eine Anerkennung seiner Leistungen, die er dort schon gezeigt hat. Das ist auch eine Auszeichnung für die Qualität der Arbeit der nordrhein-westfälischen Polizei, die mit Herrn Feller auch für andere Kolleginnen und Kollegen, die dort und an anderer Stelle schon Dienst geleistet haben, eine anerkanntswerte Auszeichnung erfährt.

Noch einmal zu Herrn Engel: Er ist in seinem Urlaub gar nicht so weit entfernt, als dass er die Ernennung von Herrn Feller nicht mitbekommen hätte. Ein Glückwunschfax mit herzlichen Grüßen für Herrn Feller ist bereits von ihm eingetroffen. Ich soll Sie alle allerdings nicht grüßen; das hat er ausdrücklich nicht hineingeschrieben.

Dies ist im Wesentlichen das, was Sie in den nächsten Wochen und Monaten zu beraten haben, meine Damen und Herren. Es gibt noch ein paar Kleinigkeiten, die ich nicht vortrage.

Ich bitte um einen gefälligen Durchgang in den Ausschussberatungen und um Wiedervorlage hier zur zweiten Lesung. - Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Innenminister. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben sich inzwischen darauf verständigt, eine weitere Debatte heute nicht zu führen. Ich schließe deshalb die Beratung.

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/2201** an den **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform** als den federführenden Ausschuss sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen** worden.

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende unserer Beratungen. Ich berufe das Parlament für morgen früh, 10 Uhr, wieder ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.54 Uhr

(B)

(D)

6. März 2002/Ausgegeben: 7. März 2002

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.